



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 09.03.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 14. März 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2023**
2. **23-F-63-0039**

Gendermedizin/Geschlechtersensible Medizin in Wiesbaden fördern und stärken

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 08.03.2023 -

Gendermedizin bzw. geschlechtersensible Medizin bezieht sich auf die Untersuchung und Berücksichtigung von Unterschieden zwischen den Geschlechtern im medizinischen Bereich. Diese Unterschiede können Auswirkungen auf Gesundheit, Krankheitsrisiken und Therapieansätze haben. Beispielsweise können Männer und Frauen unterschiedliche Symptome für die gleiche Krankheit aufweisen.

So können Frauen bei einem Herzinfarkt eher untypische Symptome wie Übelkeit oder Rückenschmerzen haben. In vielen Fällen erhalten Männer und Frauen nicht die gleiche medizinische Versorgung, da Frauen in der Vergangenheit in klinischen Studien oft unterrepräsentiert waren, Medikamente lediglich auf den männlichen Körper abgestimmt wurden oder Symptome einer Krankheit nicht richtig gedeutet werden. Durch die Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden in der medizinischen Forschung und Praxis können bessere Diagnosen und Behandlungen für Männer und Frauen entwickelt werden. Auch in Wiesbaden ist das Frauengesundheitszentrum SIRONA e.V. u.a. im Bereich der Frauengesundheit/Gendermedizin aktiv und bietet vielfältige Aufklärungsangebote, Gesprächsrunden und beispielsweise den regelmäßigen stattfindenden runden Tisch zum Thema Frauengesundheit.

Der Ausschuss möge beschließen:

Es werden Vertreter*innen vom Frauengesundheitszentrum SIRONA e.V. und der EGW in die Sitzung eingeladen, um sich über die Besonderheiten und Wichtigkeit der Gendermedizin/geschlechtersensiblen Medizin auszutauschen. Hierbei soll u.a. in Erfahrung gebracht werden, welche Aktivitäten im Bereich Frauengesundheit in Wiesbaden bereits stattfinden oder geplant sind und wo/wie ggf. Unterstützung von städtischer Seite notwendig ist.

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

3. 23-F-69-0021

Trotz Arbeitnehmermarkt hohe Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023 -

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt gewandelt, wodurch es zu einem Wettstreit um Talente zwischen den Unternehmen kommt.¹ Trotz der Bestrebungen der verschiedenen Träger, alle arbeitssuchenden Menschen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln, gelingt das nicht immer, denn bei der Vermittlung spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. „Im Bezirk der Agentur für Arbeit Wiesbaden waren im Februar 2023 17.007 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vormonat Januar waren das 158 mehr Menschen ohne Beschäftigung. Hatte die Quote im gesamten Bezirk zu Jahresbeginn noch bei 6,6 Prozent gelegen, betrug sie im vergangenen Monat 6,7 Prozent. Und auch im Vergleich zum Vorjahr waren im Februar 1386 Menschen mehr von Arbeitslosigkeit betroffen. Das bedeutet ein Anstieg um 8,9 Prozent“.² Im aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktbarometer heißt es: „Nach wie vor weist Wiesbaden nach Offenbach die zweithöchste Arbeitslosenquote unter den Rhein-Main-Städten auf“.³ Im direkten Vergleich mit anderen Städten im Rhein Main Gebiet steht Wiesbaden bezogen auf die Arbeitslosenzahlen damit deutlich schlechter dar - und dies nicht erst seit der Corona-Krise.

¹ <https://jobswop.io/blog/wandel-des-arbeitsmarktes/der-wandel-vom-arbeitgebermarkt-zum-arbeitnehmermarkt/>

² Wiesbadener Kurier, S. 10, Ausgabe vom 03.03.2023

³ Wirtschafts- und Arbeitsmarktbarometer 4/2022

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

1. aus welchen Gründen die Arbeitslosenquote in Wiesbaden im direkten Vergleich mit Städten wie Frankfurt am Main wiederholt höher ist und zu einer der höchsten Arbeitslosenquoten zählt, obwohl sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt verändert hat?
2. wie viele Personen (aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht und Dauer des Leistungsbezugs) unter den Personenkreis des SGB II bzw. SGB III fallen?
3. wie viele Jugendliche nach dem Schulabschluss von Arbeitslosigkeit betroffen sind und weshalb sie bisher nicht in den regulären Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten? Hierbei soll zwischen den unterschiedlichen Schulabschlussformen unterschieden werden.
4. inwieweit die Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit einer Entwicklung des Finanzmitteleinsatzes im Zusammenhang steht, d.h. ob ein finanzieller Mehreinsatz einen positiven Effekt auf die Arbeitslosenquote hat?
5. welche allgemeinen Maßnahmen zur Gegensteuerung der hohen Arbeitslosenquote in Wiesbaden durch die Landeshauptstadt erhoben werden? Die konkreten Maßnahmen des zuständigen Dezernats sollen dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.
6. ob die Möglichkeit genutzt wurde und wird, sich an den Maßnahmepaketen anderer hessischer Kommunen zu orientieren, die ihre Arbeitslosenzahlen im Allgemeinen und im Besonderen die der Jugendarbeitslosigkeit positiv beeinflussen konnten? Falls nicht, wieso dies bisher nicht geschehen ist. Die Landeshauptstadt Wiesbaden soll in einen konkreten Austausch mit der Stadt Frankfurt am Main und Offenbach gehen und evaluieren, welche Verbesserungsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft wurden. Die Ergebnisse und die konkreten Maßnahmen sollen dem Ausschuss zeitnah präsentiert werden.

4. 23-F-63-0040

Mehr Grün und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 08.03.2023 -

Der Masterplan Innenstadt will den öffentlichen Raum attraktiver gestalten und die Aufenthaltsqualität für alle Altersgruppen erhöhen. Hierzu gehören nicht nur Spielmöglichkeiten für die Kleinen und Kleinsten, sondern auch Sitzgelegenheiten und möglichst viel Grün, um auch der Überhitzung in der Innenstadt entgegenzuwirken. Klar ist auch, dass es verschiedene Herausforderungen dabei gibt, zum Beispiel unterirdisch verlaufende Kanäle und Leitungen, welche eine Baumpflanzung nicht zulassen. Daher ist bei der Begrünung der Fußgängerzone und der Innenstadt allgemein besondere Kreativität gefordert.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

dem Ausschuss vorzustellen,

1. welche Maßnahmen aus dem Masterplan Innenstadt in den letzten drei Monaten umgesetzt wurden oder in Vorbereitung sind;

2. welche Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Raums für die Innenstadt geplant sind (Bänke, Spielpunkte, Begrünungen, z. B. grüne Zimmer) und wann sie umgesetzt werden sollen. Dabei soll auch auf die geplante Begrünung der Schützenhofstraße und ihrer Treppe eingegangen werden.
3. zu prüfen, wo im historischen Fünfeck Bäume gepflanzt, oder dort, wo dies beispielsweise wegen unterirdischer Leitungen nicht möglich ist, Bäume in Pflanzkübeln aufgestellt werden können. Bei der Auswahl der Plätze soll Rücksprache mit den Anlieger*innen gehalten werden.
4. über den aktuellen Sachstand Planung Renovierungsprogramm Refit Fußgängerzone zu berichten und dabei auch darüber zu informieren, welche Unterstützungs- und Kommunikationsmaßnahmen für die betroffenen Geschäfte im gesamten Prozess geplant sind.

5. 23-F-63-0036

Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten auf dem Dern´schen Gelände

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 08.03.2023 -

Märkte waren schon immer die Zentren städtischen Lebens. Das Dern´sche Gelände in Wiesbaden ist ein bekannter Veranstaltungsort für verschiedene Märkte, wie zum Beispiel den Wochenmarkt, den Weihnachtsmarkt oder den Ostermarkt. An Sonntagen wird das Gelände leider nicht ausreichend genutzt. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie man dies ändern kann. Eine Möglichkeit wäre, zusätzliche Märkte auf dem Gelände zu organisieren.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. ob - und wenn ja, welche - alternative Formen von Märkten sich 2-4 mal im Jahr sonntags auf dem Dern´schen Gelände umsetzen lassen.
2. welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um beispielsweise Motto- bzw. Segment-Märkte (zusätzlich zum Stoffmarkt) regelmäßig auf dem Dern´schen Gelände stattfinden zu lassen.
3. welche innovativen Konzepte zur Profilierung solcher Märkte denkbar wären, um ihre Attraktivität für ausgewählte Zielgruppen zu erhöhen.
4. mit welchen Aufwendungen und Erträgen für solche Veranstaltungen zu rechnen wäre?

6. 23-F-15-0008

Außergastronomie stärken

- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 07.03.2023 -

Am 23.02.2022 hat der Magistrat - Dezernat V - erläutert, wie er in der Frage der zusätzlichen Flächen der Außergastronomie weiterverfahren möchte. Dabei geht es auch um die für 2022 vorgesehene Aussetzung der Gebührenerhebung.

Vor Eintritt der diesjährigen Freiluftsaison sollte geklärt sein, ob es bei dem Zustand von 2022 bleiben wird.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Wie sich die Situation bei den zusätzlichen Außengastronomieflächen in 2022 entwickelt hat,
2. Ob es dabei weiterhin Nutzungskonflikte gegeben hat bzw. Anwohnerbeschwerden sich gehäuft haben und
3. Ob vorgesehen ist, weiterhin die Sondergebühren für Gastronomieflächen auszusetzen?

7. 23-F-16-0004

Gewerbeanmeldung offline

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 08.03.2023 -

Eine starke Gründerszene ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor auch für Wiesbaden. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hatte dies erkannt und bereits vor einiger Zeit ein elektronisches Portal für Gewerbeanmeldungen auf ihrer Webseite implementiert (Gewerbe.ekom21.de).

Der Leiter der Gründungsförderung bei der Industrie und Handelskammer David Bothur thematisiert in einem Artikel vom WK vom 07.03.23 die Probleme, die Gründer in Wiesbaden haben und kritisiert hierbei u.a. dass das Online-Portal der Stadt für Gewerbeanmeldungen seit ungefähr einem Jahr offline sei.

Ein kurzer Blick auf das Portal bestätigt diese Aussage, die Seite befindet sich „derzeit in Wartung“.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten wie lange das Online Portal für Gewerbeanmeldungen bereits „in Wartung“ ist und warum?
2. zu berichten wann geplant ist diese Wartungsarbeiten abzuschließen und das Portal wieder online zu schalten?
3. dafür Sorge zu tragen, dass die Online-Plattform zeitnah wieder nutzbar ist.

8. 22-F-69-0078

ANLAGE

Stellenbesetzungsverfahren City Manager

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 30.11.2022 -

- Beschluss Nr. 8 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 31.01.2023 -

- Vorstellung des Konzeptes Citymanager durch Dezernat IV -

9. 23-F-22-0007

ANLAGE

Niedrigschwellige Verkaufsförderung für die Wiesbadener Winzer - Umsetzung des Beschlusses Nr. 0035 vom 22. März 2022

- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 25.01.2023 -
- Beschlüsse des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit Nr. 35 vom 22.03.2022 und Nr. 9 vom 31.01.2023 -

10. 23-F-69-0009

ANLAGE

Karstadt-Standort jetzt sichern!

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 -
- Beschlüsse des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit Nr. 180 vom 08.11.2022 und Nr. 5 vom 31.01.2023 -

10.1 22-F-76-0002

ANLAGE

Zukunft von Galeria Karstadt - Für den Erhalt kämpfen, auf den Worst Case vorbereitet sein

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die LINKE, Volt, FW/Pro Auto, BLW/ULW/BIG vom 08.11.2022 -
- Bericht des Dezernates IV vom 9.02.2023 -

11. 23-F-96-0001

Zentrales Fördermanagement

- Antrag der Fraktionen CDU, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023 -

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2021 ist der Antrag der Kooperation zur Etablierung eines zentralen Fördermanagements beschlossen worden. Die Anforderungen und Regelungen für die Inanspruchnahme für die Fördermöglichkeiten durch EU, Bund und Land stellen für Kommunen und Unternehmensgründer große Herausforderungen dar. Oftmals sind die Fördermöglichkeiten nicht bekannt. Um eine Unterstützung und Verbesserung bei der Drittmittelfinanzierung von Unternehmensgründern und städtischen Investitionen erzielen zu können, halten wir die Einrichtung eines zentralen Fördermanagements für einen wichtigen Schritt, der nun auch zeitnah umgesetzt werden sollte.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten,

1. ob es mittlerweile ein Konzept für ein zentrales Fördermanagement gibt.
2. Falls es kein Konzept gibt, zeitnah ein Konzept zu präsentieren, damit unmittelbar ein zentrales Fördermanagement eingesetzt werden kann.
3. welche Aufgaben und Tätigkeiten die Stelle für zentrales Fördermanagement hat.
4. wie der Erfolg des zentralen Fördermanagements gemessen werden kann.

12. 23-F-65-0002

ANLAGE

Einführung des Gewerbeflächenkatasters beschleunigen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 -
- Überweisungsbeschluss Nr. 6 des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau vom 31.01.2023 -

13. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Bereich Digitalisierung

14. 23-F-65-0004

Elektronische Hundemarke

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023 -

Die Stadt Taunusstein hat kürzlich die digitale Hundemarke eingeführt. Zukünftig erhalten Hundebesitzer nun einen individuellen QR-Code, in dem die Daten zum Hund hinterlegt sind. Diese sollen die klassischen Blechmarken nicht ersetzen, sondern komplementär geführt werden, was viele Vorteile hat. Die Marke mit der Identifikationsnummer geht schnell verloren und kann leicht vergessen werden. Eine digitale Marke in Form eines QR-Codes hingegen kann der Hundebesitzer jederzeit auf dem Smartphone mitführen und von der Stadtpolizei auslesen lassen. In dem entsprechenden QR-Code sind alle relevanten Informationen zum Tier hinterlegt: Halter, Name, Rasse etc.

Im digitalen Zeitalter, in dem jeder sein Smartphone ständig dabei hat, bietet es sich an, elektronische Alternativen anzubieten. In jedem Fall ist eine digitale Hundemarke einfacher zu handhaben und für alle Seiten praktisch - vor allem auch im Sinne der Verwaltungsdigitalisierung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten,

1. welche Möglichkeiten es gibt, digitale Hundemarken auch für Wiesbadener Besitzer noch im Jahr 2023 anzubieten,
2. mit welchen finanziellen Ressourcen das Angebot eines komplementären digitalen Services für Wiesbaden verbunden wäre.

15. 23-F-78-0005

Ausschreibungsprozess Wivertis

- Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 08.03.2023 -

Seit dem 1. Januar 2021 hat die städtische Beteiligungsgesellschaft Wivertis GmbH einen neuen Geschäftsführer. Die Besetzung fand damals ohne Ausschreibung statt. Der Wiesbadener Oberbürgermeisters Gert-Uwe Mende hatte dieses Vorgehen damit begründet, dass die Zeit gedrängt habe, und zum 1.1.2021 dringend ein neuer Geschäftsführer benötigt würde.

Somit sollte Klaus Wilmes-Groebel als Geschäftsführer nur kommissarisch für zwei Jahre eingesetzt werden.

Danach sollte die Stelle ausgeschrieben werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob ein Ausschreibungsprozess in Anbetracht dessen, dass inzwischen zwei Jahre vergangen sind, nun stattgefunden hat,
2. wenn ja, wie sich dieser Ausschreibungsprozess gestaltet hat,
3. ob es weitere Bewerber gegeben hat,
4. wie entsprechend der derzeitige Stand ist und das Besetzungsverfahren aussieht,
5. wenn nicht, aus welchen Gründen dies noch nicht geschehen ist bzw. was dem Ausschreibungsprozess im Weg steht.

16. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Allgemeines:

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 21-V-53-0011

DL 05/23-1, 45/21-22

Initiierung eines Modellprojekts im Rhein-Main-Gebiet zur Legalisierung von Cannabis

- Bericht des Dezernates II vom 16.02.2023 -

2. 22-F-63-0056

ANLAGE

Veröffentlichung von Einladungen und Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse mit QR-Codes

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 28.06.2022 -
- Bericht des Dezernates I vom 7.02.2023 -

3. 22-F-76-0003

ANLAGE

Aktuelle Situation in der Kinder- und Jugendmedizin

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, DIE LINKE., Volt, Freie Wähler/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 01.12.2022 -
- Bericht des Dezernates VI vom 6.02.2023 -

4. 22-V-66-0230

DL 05/23-5

Wellritzstraße - Umbau Fußgängerzone

5. 23-V-04-0001

DL 05/23-8

Teilnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München in den Jahren 2023 und 2024/2025

6. 23-V-15-0002

DL 08/23-2 NÖ, 07/23-6

Beitritt der LHW zur Partnerschaft Deutschland - Berater der öffentlichen Hand GmbH

7. 23-V-20-0002

DL 05/23-10

Investitionscontrolling Baumaßnahmen 2022 zum Stichtag 2. Januar 2023

8. 23-V-40-0003

DL 05/23-16

3. Bericht zur Umsetzung des Digitalpaktes in der Landeshauptstadt Wiesbaden

9. 23-V-53-0001

DL 05/23-20

Mitgliederversammlung des Gesunde Städte-Netzwerks und anschließendes Gesunde Städte-Symposium

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hoffmann-Fessner
Vorsitzende